



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Änderung der Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie unterbreiten uns einen Vorschlag auf Erhöhung der Flankierenden Massnahmen (FlaM)-Kontrollen in der Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (EntsV; SR 823.201) von heute 27'000 pro Jahr auf 35'000 Kontrollen.

Wir lehnen Ihren Vorschlag einer Erhöhung ab. Wir sind der Meinung, dass mit einer risikobasierten und gezielten Kontrolle in den Fokusbranchen das gleiche Kontrollergebnis ohne finanziellen Mehraufwand erzielt werden kann.

Es fehlen uns zudem spezifische Informationen zu der Anzahl der zusätzlichen Kontrollen und dem sich daraus resultierenden Mehraufwand für unseren Kanton, respektive die TAK UR/OW/NW.

Wir bitten Sie, unsere Bemerkungen aufzunehmen, und danken für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 26. Mai 2017



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Beat Jörg

Roman Balli